

SPD und PDS verfälschen Tempodrom-Bericht



Michael Braun

Im Tempodrom-Untersuchungsausschuss hat die Mehrheit von SPD und PDS mit über 110 Änderungsanträgen den von der Verwaltung des Abgeordnetenhauses erarbeiteten Berichtsentwurf zum Tempodrom verfälscht.

Insbesondere versucht die Koalition aus SPD und PDS die Rolle des ehemaligen SPD-Senators Peter Strieder zu vertuschen, sowie missliebige Passagen über

SPD-Parteispenden und die versuchte Zeugenbeeinflussung zu streichen und zu verharmlosen. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Michael Braun (CDU), kritisierte dieses Verhalten als „Machtmissbrauch“. Er

fügte hinzu, dass die SPD nicht zu den Fehlern ihrer

Spitzenpolitiker stehe, sondern diese zu vertuschen



suche. Das sei, so Braun weiter, „schädlich für das Ansehen unsere Demokratie und ein bemerkenswertes Zeugnis des von Wowereit postulierten „Mentalitätswechsels“.

Als Konsequenz aus dieser skandalösen Berichtsverfälschung hat die CDU angekündigt, zusammen mit den anderen Oppositionsparteien einen gemeinsamen Bericht vorzulegen, der unter anderem den – von den neutralen Mitarbeitern des Ausschussbüros erarbeiteten Ausschussbericht im Original enthalten wird.

Mit der Chipkarte gegen die Schwarzarbeit



Kai Wegner

Jüngst wurde die Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Presse noch als Aufgabe mit „allerhöchster Priorität“ tituliert.

Angesichts des Gesamtschadens, den die illegale Beschäftigung anrichtet, ist diese Einschätzung sicherlich keine Übertreibung. Alleine in Berlin wird von einem Volumen von rund 16 Mrd. Euro pro Jahr ausgegangen, dies entspräche ca. 275.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. „Abhilfe kann



hier die Einführung einer Chipkarte leisten“, ist sich nicht nur der Berliner Bundestagsabgeordnete Kai Wegner sicher. Auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sprechen sich für ein Pilotprojekt zur Einführung einer fälschungssicheren Chipkarte anstelle des Sozialversicherungsausweises aus. Einzig der Berliner Wirtschaftssenator Wolf (Linkspartei.PDS) stellt sich quer. Das Projekt sei zu teuer, zu bürokratisch und datenschutzrechtlich bedenklich.

Für Wegner sind die geäußerten Bedenken des Wirtschaftssenators lediglich Ausdruck man-

gelnder oder falscher Informationen: „Bei einer genaueren Prüfung würde Herr Wolf feststellen, dass seine Bedenken unbegründet sind. Insbesondere das Kostenargument wird im Vergleich zum potentiellen Nutzen entkräftet.“

Das Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages fordert deshalb den Wirtschaftssenator zu einer ernsthaften Auseinandersetzung über das Pilotprojekt mit allen Beteiligten auf anstatt mögliche Lösungsansätze zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einfach zu ignorieren.

Schul-TÜV braucht Sorgfalt statt Schnelligkeit



Katrin Schultze-Berndt

Die knapp 770 staatlichen Schulen in Berlin werden von jetzt an alle fünf Jahre auf ihre Qualität überprüft.

Die Berliner CDU warnt den rot-roten Senat jedoch vor Schnellschüssen.

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katrin Schultze-Berndt, erklärte dazu: „Wenn wir uns schon beim TÜV für unser Auto Zeit nehmen, um alle wichtigen Verbindungen

und Teile kontrollieren zu lassen, dann sollten wir bei unseren Schulen nicht weniger Sorgfalt walten lassen. Der Schul-TÜV, der in Berlin stattfindet, verdient daher seinen Namen nicht.“

Weiter sagte Schultze-Berndt: „Der Eindruck vom Unterricht ist bei einem kurzen Besuch allerhöchstens bruchstückhaft: Selbst wenn die Inspektoren eine gute Motivationsphase zum Einstieg in den Unterricht erleben, wissen sie nicht, ob die Unterrichtsergebnisse am Ende auch gesichert und damit gelernt werden.

Bereits nach 20 Minuten verlassen sie die Unterrichtsstunde wieder!“

Die Überprüfung könne nur dann erfolgreich sein, wenn auch Anregungen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität gegeben



werden könnten, z.B. durch ein „Team-Coaching“: Lehrer besuchen und beraten sich regelmäßig gegenseitig.

Schultze-Berndt: „Der Schul-TÜV soll ein möglichst umfassendes Bild vom gesamten Unterricht ergeben. Deshalb sollte Sorgfalt vor Schnelligkeit gelten. Ansonsten ist der Schul-TÜV nur Aktionismus, der die angespannte Situation der Schulen weiter belastet. Denn, um nur die Atmosphäre festzustellen, reicht ein Fragebogen.“